

sowie das Vordringen der deutschen Kolonialherren. Diese nahmen das Land erstaunlicherweise zunächst trotz des belgischen »Interesses« eher zögerlich in Besitz, von wirklicher »Herrschaft« kann man erst ab 1908 sprechen. Stützen der deutschen Herrschaft, die sich unter dem wichtigsten Residenten Richard Kandt am Prinzip der »indirect rule« orientierte, waren die Missionare – trotz gelegentlicher Konflikte – sowie der kollaborationswillige einheimische Tutsimonarch und dessen Häuptlinge. Das ohnehin labile Gleichgewicht zwischen den Ethnien, so die nicht zu widerlegende These des Autors, geriet dadurch endgültig ins Wanken.

Die Auswirkungen der deutschen Herrschaft auf die einheimische Bevölkerung unterschieden sich im Übrigen kaum von denen in anderen Kolonien: »Cash crops«, Steuerdruck und Frondienste bestimmten auch hier den Alltag; die »Aufgeklärtheit« der lokalen Residenten und Offiziere verhinderte aber eine negative Entwicklung und blutige Konflikte wie in anderen deutschen Kolonien. Vergleichsweise positiv ist daher das abschließende Urteil des Autors, der den Deutschen allein die Bevorzugung der Tutsi ankreidet. »Gelohnt«, dies sei noch angemerkt, hat sich die Kolonie Ruanda im Übrigen nie aufgrund ihrer Abgeschiedenheit in der Mitte Afrikas, aber auch, weil die Zeit »zu kurz« war.

Obwohl der Arbeit in Teilen eine »Straffung« bzw. klarere Gedankenführung – manches wird gelegentlich doppelt behandelt – gut getan hätte, ist sie insgesamt doch ein interessanter Beitrag zur deutschen Kolonialgeschichte. *Michael Epkenhans, Bardowick*

Stefan Scheil, Die Entwicklung des politischen Antisemitismus in Deutschland zwischen 1881 und 1912. Eine wahlgeschichtliche Untersuchung, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1999, 400 S., kart., 128 DM.

Wie wichtig waren die Antisemitenparteien in Deutschland? Und was sagen sie über Intensität und Charakter der deutschen Judenfeindschaft? Einerseits errang der seit den 1880er-Jahren grassierende Radauantisemitismus bei der Reichstagswahl 1893 immerhin 3,4 % aller Stimmen, andererseits setzte danach sein unaufhaltsamer Niedergang ein. Das ist längst gut untersucht. Die Klassiker stammen von Kurt Wawrzinek (1927), Paul W. Massing (1959) und Richard S. Levy (1974). Deshalb schrieb Shulamit Volkov schon 1978: »Der Verfall der antisemitischen Parlamentsparteien im deutschen Kaiserreich scheint heute ein erledigtes Thema zu sein. Es wird Zeit, dass Historiker sich anderen Aspekten des Problems zuwenden.« Statt die »aufrichtigen« Antisemiten mit ihrer marginalen Weltanschauung zu verfolgen, müsste man den Antisemitismus als weit einflussreicheren »kulturellen Code« für generell antiemanzipatorische Gesinnungskulturen ernst nehmen.

Davon unbeeindruckt widmet Stefan Scheil seine in Karlsruhe angenommene Dissertation dem politischen Antisemitismus. Als Begründung führt er an, dass die antisemitische Bewegung mit rund drei Prozent Wählerstimmen in der Forschung bisher als »Randerscheinung aufgefasst« worden sei. Die zeitgenössische Einschätzung ihres Niedergangs habe die Forschung übernommen, dazu komme ein oft geringschätziges Urteil über die häufig zwielichtigen Antisemitenführer. Scheil kündigt an, dass er nun »neue Wege zu gehen« beabsichtige (S. 7, S. 13). Zur anderen Seite grenzt er sich im Vorwort gegen die Pauschalüberschätzung des Antisemitismus durch Daniel J. Goldhagen ab, ohne jedoch dessen These zu nennen.

Tatächlich war Goldhagen jedes Mittel recht, »den« Deutschen (ohne Vergleich) einen spezifisch »eliminatorischen«, einen Vernichtungsantisemitismus zuzuschreiben. Ohne-

hin hinterlässt die Lektüre seines Buches den Eindruck, bis auf Linksliberale und Sozialdemokraten seien alle Parteien letztlich Antisemitenparteien gewesen. »Bei den Reichstagswahlen 1893 errangen die Parteien die Mehrheit, die sich offen als antisemitisch bekannten«, behauptet Goldhagen. Richtig ist, dass die Deutsch-konservative Partei, die soeben im Tivoli-Programm den Antisemitismus auf den Schild gehoben hatte, 72 von 397 Mandaten errang, die Antisemiten 16. Hinter ihnen verbargen sich diverse Gruppierungen, auf die Scheil sein Augenmerk richtet: Hofprediger Adolf Stoeckers Christlich-soziale Partei, die Deutschsoziale Partei, die der verschuldete ehemalige Offizier Max Liebermann von Sonnenberg 1889 ins Leben rief, die Deutschsoziale Reformpartei, die seit 1894 mit Oswald Zimmermann den einzigen altkatholischen Antisemitenführer aufwies, die Antisemitische Volkspartei des Bibliothekars Otto Böckel, die 1893 Deutsche Reformpartei hieß, und der Deutscher Volksbund. Die frühen Parteien – Wilhelm Marrs 1879 gegründete Antisemitenliga und Ernst Henricis Soziale Reichspartei (1880 bis 1882) – waren zu kurzlebig, um reichsweit reüssieren zu können. Einführend lichtet Scheil das Dickicht dieser koalierenden oder konkurrierenden Gruppierungen und referiert das Verhältnis der Interessenverbände und der anderen Parteien zum Antisemitismus. Parteiunabhängige Antisemiten und Kandidaten des Bundes deutscher Landwirte und der Konservativen werden, soweit sie sich als Antisemiten in das Wahlregister eintrugen, als solche mitgezählt. Scheil konzentriert sich auf die Wahlkreise, in denen die Antisemiten Erfolge hatten oder nach 1890 wenigstens 15 % erreichten. Ihre relative Schwäche, so moniert er, würden Historiker allgemein aus der geringen Anzahl ihrer Abgeordneten ableiten. Doch die Gesetze des Mehrheitswahlrechts ließen diesen Schluss nur bedingt zu. Wenn sie einen Kandidaten durchbrachten, mussten sie in dessen Wahlkreis auf über 50 % gekommen sein.

Auf dieser Ebene einmal genauer nach Wählerwanderungen und Konstellationsbedingungen (Stichwahl, Wahlkreistradition, Leitthema der Wahl) gefragt und dafür die Quelle des Statistischen Amtes ausgewertet zu haben, macht den Pfiff von Scheils Studie aus. Das ist jedoch auch ohne seine Unterstellung legitim, Historikern sei die Diskrepanz zwischen absolutem Stimmenanteil und Abgeordnetenzahl unbekannt (S. 25). Jeder brauchbare Überblick über deutsche Geschichte erläutert dieses Problem, Thomas Nipperdey widmet dem Wahlsystem sogar ein eigenes Kapitel. Und wer hätte bei der Behandlung der Sozialdemokratie je versäumt, darauf hinzuweisen, dass sie 1907 zwar rund 29 Stimmenprozent einfuhr, aber nur mit mageren 43 Reichstagsmandaten belohnt wurde, während das agrarisch orientierte Zentrum mit tristen 19 Prozent satte 105 Mandate eroberte? Ungeachtet enormer Bevölkerungsverschiebungen (Urbanisierung, Bevölkerungswachstum) hatte sich die Einteilung der 397 Wahlkreise seit 1871 nicht geändert, die von 100.000 Einwohnern mit rund 20.000 Stimmberechtigten ausging. Der Perspektivwechsel auf die Wahlkreise demonstriert, sagt Scheil, dass bezüglich der Antisemiten »statt von einem Auf- und Abstieg« eher »von Kontinuität gesprochen werden« könne, »da sowohl die Zahl der antisemitischen Reichstagsabgeordneten als auch die Zahl ihrer Wähler und die politischen Bedingungen konstant blieben« (S. 19). Mithin seien die antisemitischen Parteien, die ihre Wahlkreise gekonnt aussuchten, in ihnen nicht als Außenseiter wahrgenommen worden.

Um das zu prüfen, geht Scheil chronologisch (mit Kartenmaterial sowie reichhaltigen statistischen Tabellen) die neun Reichstagswahlen von 1881 bis zu den »Judenwahlen« 1912 durch. Sie zeigen, wie beliebt die Antisemiten mancherorts waren. Man vergisst das leicht: Im Wahlkreis Elsass-Lothringen 14 (Metz) errangen die bekennenden Antisemiten 1893 über 20 %, obwohl dort Katholiken zu 79 % die Bevölkerungsmehrheit bildeten. Echte Triumphe feierten sie indes nur in mehrheitlich protestantischen Regionen, weil sie die vom Zentrum abgedeckten katholischen Reviere von vorneherein mieden. Bei derselben Wahl gewannen sie in Frankfurt/Oder (Arnswalde u. Friedeberg) mehr als

60 %, in den Wahlkreisen Braunschweig, Arnsberg 1 (Siegen und Wittgenstein) und Sachsen 3 (Bautzen, Kamenz) 1907 zwischen 50 und 60 %. In den verschiedenen Wahlkreisen Kassels schwankte ihr Erfolg mehrmals sogar zwischen 60 % und 76 %, alles noch vor den Stichwahlen! Das ist höchst beachtlich. Dabei sind die antisemitisch auftretenden Deutschkonservativen und der Bund deutscher Landwirte noch nicht berücksichtigt. An den politischen und personellen Banden zwischen ihnen und den Antisemitenparteien weist Scheil nach, wie etabliert die Judenfeindschaft in den untersuchten Regionen war. Dabei erschreckt auch die Erinnerung daran, dass zuweilen die Nationalliberalen, aber auch das Zentrum bei (7 von 9) Stichwahlen antisemitische Kandidaten unterstützten. Sogar die Linksliberalen entschieden sich in 12 Stichwahlen für, in 11 gegen den antisemitischen Kandidaten, wurden aber, wenn es gegen Sozialdemokraten ging, auch von den Antisemiten unterstützt. Außer dem Nachweis solcher Zusammenhänge ist dieser fleißigen Arbeit ein äußerst dienstbares biographisches Verzeichnis aller ansonsten schwer aufspürbaren antisemitischen Kandidaten zu verdanken.

An der Niedergangstheorie, die er eingangs so heftig kritisierte, kommt Scheil auf seinen »neuen Wegen« aber letztlich nicht vorbei. Das Image der Antisemitenparteien verfiel wie ihr Wahlerfolg, der nur »auf recht wenigen Stimmen« (S. 146) beruhte, da ihre ländlichen Wahlkreise relativ klein waren. Deshalb konstatiert Scheils Schlusssatz, dass »ein fortschreitender Machtverlust aller rechts stehenden Parteien und damit auch der antisemitischen Gruppen« zu beobachten sei (S. 271). Dieser Befund wäre noch bestätigt worden, wenn Scheil die Tatsache diskutiert hätte, dass sowohl die Zahl der Stimmberechtigten als auch obendrein die Wahlbeteiligung kräftig wuchs und gemessen daran keineswegs von einer »Kontinuität«, sondern einem deutlichen Niedergang gesprochen werden müsste. 1898, als die Antisemiten den höchsten Stimmenanteil aufwiesen, lag die Wahlbeteiligung bei 67,8 % und stieg fortan kontinuierlich auf fast 85 % (1912) an. Die alte Rechnung, wonach die Antisemiten 1893 3,6 % der Stimmen erhielten, 1903 nur noch 2,5 %, 1907 noch einmal 3 % bevor sie 1912 auf 2,4 % absackten, wird mithin durch die Wahlkreisanalyse nicht neutralisiert, sondern präzisiert. Was bleibt, ist die bestürzende Erkenntnis über die Verflechtung bürgerlicher Parteien mit den Antisemiten und über deren regionale Höhenflüge.

*Olaf Blaschke, Trier*

Ulrich Langer, Heinrich von Treitschke. Politische Biographie eines deutschen Nationalisten, Droste Verlag, Düsseldorf 1998, 445 S., brosch., 49,80 DM.

Aus der in den 1850er und 1860er Jahren dominant werdenden kleindeutsch-preußischen Schule deutscher Geschichtswissenschaft ist sicherlich Heinrich von Treitschke der bis heute am meisten gelesene Historiker. Zeitgenössisch war er als Publizist kaum weniger einflussreich denn als Geschichtsschreiber. So überrascht es nicht, dass sich auch die Geschichtswissenschaft nach 1945 wiederholt eingehend mit ihm beschäftigt hat. Im Kontext dieser breit vorgestellten Forschungsliteratur situiert Ulrich Langer sein Anliegen als den Versuch, Kontinuität und Diskontinuität in den politischen Auffassungen seines Protagonisten zu bestimmen, der für die Zeit bis zur Reichsgründung oft als national-liberal beschrieben, für die Folgezeit jedoch als nationalistisch und antisemitisch gekennzeichnet worden sei. Methodisch wählt er hierzu einen sehr konventionellen Zugriff, den er selbst als »Synthese aus politikgeschichtlicher und geistesgeschichtlicher Betrachtungsweise« charakterisiert (S. 62). Die daraus resultierende Werkinterpretation ist mit der Lebensgeschichte Treitschkes nur lose verbunden: Die neuere Diskussion über Nutzen und Nachteil der Biographie nimmt er nicht auf. Über weite Strecken erschöpft sich die Darstellung in einer nicht selten recht ermüdenden Textparaphrase.